

Das Berliner Mietenmoratorium

Keine zusätzlichen Belastungen durch steigende Mieten



Mit einem Mietenstopp reagiert der Senat auf die wachsenden finanziellen Belastungen der Berliner Mieterinnen und Mieter durch die massiv gestiegenen Lebenshaltungskosten und trägt seinen Teil dazu bei, die Inflation zu drosseln.

Auf Vorschlag der SPD werden die landeseigenen Wohnungsunternehmen in Berlin im Jahr 2023 sowohl auf Erhöhungen der Kaltmieten, als auch auf Kündigungen aufgrund von nicht gezahlten mietenbezogenen Heizkostenanteilen verzichten. Auf diese Weise will man den Mieterinnen und Mietern die Angst vor dem Verlust der Wohnung nehmen und zusätzliche Kostensteigerungen ersparen.

Mit Wirkung zum 1. November 2022 werden bereits vereinbarte Mieterhöhungen zurückgenommen. Davon profitieren insgesamt rund 750.000 Berlinerinnen und Berliner, die in den rund 350.000 Berliner Wohnungen leben! Auch in Johannisthal, Oberspree, Ober- und Niederschöneweide gibt es tausende Wohnungen im Besitz der

städtischen Wohnungsbaugesellschaften Howoge, Degewo, Berlinovo oder STADT UND LAND. Zugleich wurde ein Kündigungsmoratorium erlassen. Dies bedeutet, dass alle Mieterinnen und Mieter, die auf Grund von nicht komplett gezahlten Nebenkosten Mietschulden machen, nicht gekündigt werden. Ziel ist es, soziale Härten zu vermeiden.

Es ist richtig, die Berlinerinnen und Berliner in diesen schwierigen Zeiten zu entlasten und zu schützen. Überall, wo das Land Berlin Verantwortung hat, muss es ihr gerecht werden. Der Senat hatte gleichzeitig auch die privaten Vermieterinnen und Vermieter dazu aufgerufen, diesem Beispiel zu folgen und im neuen Jahr auf die Erhöhung der Kaltmieten zu verzichten.

Für die Berlinerinnen und Berliner, die in einer privaten Wohnung wohnen, aber aufgrund der Energiekosten in eine finanzielle Notlage geraten, gibt es seit dem 9. Januar die Möglichkeit vom neuen Berliner Härtefallfonds zu profitieren.

Unsere Kiezklubs als Vorbild für Berlin

Berlin erarbeitet ein Altenhilfestrukturgesetz

Treptow-Köpenick verfügt über 11 Kiezklubs, die generationsübergreifende Kiezarbeit leisten. Damit sind sie Vorbild für ganz Berlin. Dies soll mit dem Altenhilfestrukturgesetz festgeschrieben werden. Hieran arbeiten die Abgeordneten, engagierte Seniorinnen und Senioren sowie die Verwaltung.

Vor einigen Jahren wurden die bezirklichen Kiezklubs noch in Frage gestellt. Zu hoch waren die Ausgaben, zu viel Personal wurde gebraucht. Damals konnte ich als Bezirksverordneter die Einrichtungen sichern. Seitdem hat sich der Wind gedreht und die bezirklichen Kiezklubs sind allseits anerkannt. Mehr noch, sie werden ausgebaut und sollen nun zum Vorbild für ganz Berlin werden.

Eine Gruppe von Seniorinnen und Senioren - die meisten in den Seniorenvertretungen engagiert - treibt seit Jahren die Diskussion rund um den §71 Sozialgesetzbuch XII voran. Dieser Paragraph ist die Basis für die Finanzierung unserer Kiezklubs. Die dort beschriebene Altenhilfe ist aber keine Pflichtaufgabe. Genau dies soll sich än-

dern. Das Ziel: In jedem Kiez in Berlin gibt es eine Einrichtung, die Freizeitangebote und Beratung anbietet und dafür eintritt, Jung und Alt zusammenzubringen.

Was einfach klingt, ist etwas komplizierter. Denn bereits jetzt gibt es durch das Land Berlin finanzierte Stadtteilzentren. Ebenso haben manche Bezirke eigene Einrichtungen. Alle unterschiedlich aufgestellt und ausgestattet. Mit dem aktuellen Landeshaushalt wurde daher Geld zur Verfügung gestellt, um die vorhandenen Einrichtungen zu evaluieren sowie ein Konzept zu erarbeiten, wie viele zusätzliche Einrichtungen wir in Berlin bräuchten, wie viel zusätzliches Personal finanziert werden müsste und wie ein solches Altenhilfestrukturgesetz im Detail ausgestaltet werden müsste. Bis Ende 2024 sollen die Rahmenbedingungen stehen, sodass das Gesetz auf den Weg gebracht werden kann.

Als Vorsitzender des Fördervereins des Kiezklub KES in Oberschöneweide bin ich ein begeisterter Anhänger unserer Kiezklubs, die auch ich gern zu Vorbildern für ganz Berlin machen möchte.

So können Sie mich erreichen:

Abgeordnetenhaus:	Wahlkreisbüro	Sprechstunde
Abgeordnetenhaus Niederkirchnerstraße 5 10117 Berlin Tel.: 030 / 23 25 22 90	Rathaus Johannisthal Sterndamm 102 12487 Berlin Tel.: 030 / 40 74 22 73	Montags, 14:30 - 16:30 Uhr SPD-Ansprechbar Siemensstraße 15 12459 Berlin

**Oder direkt unter: 0179 / 39 34 615 (auch WhatsApp, Telegram, Signal)
wahlkreisbuero@lars-duesterhoeft.de | www.lars-duesterhoeft.de**

Ansprechbar

Zeitung von Lars Düsterhöft

Für Sie im Abgeordnetenhaus von Berlin



Ausgabe 1. Quartal 2023

CO2-neutral gedruckt

Wer soll Sie nach dem 12.2. vertreten? Jede Stimme kann entscheiden

Am 12. Februar entscheiden Sie darüber, wer Sie vertreten soll. Wer soll sich um Ihre Anliegen und Probleme kümmern? Wer soll die Herausforderungen in Johannisthal, Oberspree sowie Nieder- und Oberschöneweide angehen?

Auf jede Stimme wird es ankommen. Die Wahlen sind offen. In den Umfragen gibt es ein Kopf-an-Kopf-Rennen von CDU, Linken und SPD. Deshalb möchte ich Sie herzlich bitten, am 12. Februar Ihr Wahlrecht wahrzunehmen, mir Ihr Vertrauen zu schenken und mir Ihre Stimme zu geben.

Sie kennen mich. Egal ob Sie die Positionen der SPD gut finden oder nicht, ich bin Ihr Ansprechpartner hier vor Ort. Ich bin ansprechbar und ich bin kümmere mich nach Kräften. Manchmal gelingt es mir ein Problem zu lösen. Manchmal nicht. Bemüht und engagiert bin ich stets. Ich glaube nicht, dass man dies von einem anderen der zur Wahl stehenden Kandidatinnen und Kandidaten sagen kann.

Auch möchte ich Ihnen die Wahl der Berliner SPD empfehlen. Seit 6 Jahren bin ich Mitglied der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus. Ich kann stolz sagen, dass wir in

dieser Zeit sehr viel erreicht haben, um das soziale Berlin zu sichern und weiterzuentwickeln. Ein Berliner Haushalt wird heute, abhängig von der Anzahl der Kinder, um bis zu 750€ pro Monat entlastet. Trotz sehr vieler Herausforderungen wie z.B. dem Zuzug der Geflüchteten aus der Ukraine oder der Corona-Pandemie hat sich unsere Stadt gut entwickelt. Die Wirtschaft wächst und die Arbeitslosigkeit geht weiter zurück. Das kommt nicht von ungefähr.

Auch bin ich davon überzeugt, dass unsere Regierende Bürgermeisterin genau richtig ist für unsere Stadt. Pragmatisch Probleme benennen und anpacken, das tut Franziska Giffey. Mit ihr erleben wir kein Ausspielen verschiedener Interessen. Sie sucht den Ausgleich, mit dem Ziel, dass alle Menschen sich wohl in unserer Stadt fühlen.

Nicht zuletzt möchte ich Ihnen die Wahl von Bezirksbürgermeister Oliver Igel und der Bezirksverordneten aus unseren Kiezen empfehlen. Ob Paul Bahlmann, Irina Vogt oder Steffen Czirnia, alle setzen sich leidenschaftlich für Schöneweide und Johannisthal ein.

Ihr Lars Düsterhöft

Rettungsanker in der Krise

Der Berliner Härtefallfonds springt bei Strom- und Gassperren ein

Am 9. Januar ist der neue Berliner Härtefallfonds gestartet. Zunächst stehen bis zu 20 Millionen Euro zur Verfügung, um bei drohenden oder bereits vollzogenen Energiesperren schnell zu helfen.

Es gibt Momente im Leben, die besonders prägend sind, die ein Leben bestimmen und es maßgeblich beeinflussen können. Nach Hause zu kommen, kein Licht und keinen Herd anzumachen zu können, ist ein solcher Moment, der besonders dann prägt, wenn Kinder im Haushalt leben.

Das Abgeordnetenhaus hat ein umfangreiches Paket geschnürt, um die Berlinerinnen und Berliner gut durch die Krise zu bringen. Wir sorgen für Hilfen für die Berliner Wirtschaft, damit keine Arbeitsplätze verloren gehen. Wir sorgen mit dem 29-Euro-Ticket für die schnellste und unbürokratischste Entlastung der Bevölkerung.

Damit haben wir die soziale Politik der letzten Jahre fortgesetzt. Mit zahlreichen Entlastungen und Gebührenstreichen hat die SPD in den letzten Jahren dafür gesorgt, dass unsere Stadt trotz steigender Mieten, trotz steigender Lebenshaltungskosten bezahlbar bleibt.

Seit dem 9. Januar können sich die Berlinerinnen und Berliner auch darauf verlassen, dass wir nicht zuschauen, wenn zu Hause das Licht ausgeht. Wir sorgen dafür, dass aus der aktuellen Energiepreiskrise keine soziale Krise wird. Mit Blick auf den Nachtragshaushalt ist der neue Härtefallfonds verhältnismäßig klein. Bei Bedarf wird er aber aufgestockt und er ist ein wichtiges Zeichen in unsere Stadt.

Denn die Zahl derjenigen, die sich hilfesuchend an die Schuldnerberatung wenden, weil sie ihre Strom- oder Gasrechnung aufgrund der steigenden Kosten nicht mehr bezahlen können, wird stetig mehr.

Und diese Schulden haben Folgen. Die Rückzahlung zwingt die Menschen häufig dazu, mit einem Einkommen unterhalb des Existenzminimums auszukommen.

Wenn die Energiesperre droht oder schon eingetreten ist, kann man schnell und unkompliziert einen Antrag stellen und die Solidargemeinschaft springt – einmalig – ein. Das ist keine Hilfe nur für die wirtschaftlich Schwächsten in unserer Mitte. Rund 85% der Berlinerinnen und Berliner sind durch die bewusst hoch angesetzte Einkommensgrenze antragsberechtigt.

Den Antrag kann man seit dem 9. Januar 2023 über das Service-Portal des Landes Berlin stellen. Und diejenigen, die keinen Internetzugang haben, können sich an die entsprechenden Beratungsstellen, die Verbraucherzentrale, unsere sozialen Einrichtungen und unsere Bibliotheken wenden. Diese sind geschult und vorbereitet, Hilfe zu leisten, wo sie gebraucht wird.

Alle Informationen zur Antragstellung und dafür benötigte Nachweise finden Sie auf der Internetseite des Service-Portals des Landes Berlin. Sie können sich auch an das Bürgertelefon der Berliner Verwaltung unter der Nummer 115 wenden, um Unterstützung bei der Antragstellung zu erhalten. Auch mein Team hilft Ihnen gern. Dazu vereinbaren Sie bitte telefonisch einen Termin.

Eine neue Kinderklinik für Berlin

Jeder Bezirk soll eine rund um die Uhr offene Kinderarztpraxis haben

Familien kennen die Situation zu gut. In der Nacht oder am Wochenende steigt das Fieber. Der Kinderarzt ist unerreichbar. Es bleibt nur die Fahrt in die heillos überfüllte Notaufnahme. Eine gute Versorgung sieht anders aus. Berlin braucht neue Ideen und zusätzliche Einrichtungen, um die Versorgung zu sichern.

Der Berliner Charité stehen im Bereich der Kindermedizin derzeit 13 Intensivbetten zur Verfügung. Das ist insbesondere im Verhältnis zur wachsenden jungen Bevölkerung zu wenig. Ebenso ist die Kinderklinik am Virchow-Klinikum veraltet. Das in den 90er Jahren geplante Gebäude entspricht im Ansatz nicht mehr den heutigen Anforderungen. Es fehlt an Klimaanlage, sodass die Räume sich im Hochsommer schon mal auf Grad erhitzen. Ebenso sind die Räume zu klein. Die Eltern von kranken Kindern campieren über Wochen und Monate auf einem Sessel oder getrennt von ihren Kindern. Seit einiger Zeit setzt sich die Charité deshalb für einen Neubau ein. Die SPD-Fraktion hat sich intensiv mit der Situation befasst und unterstützt das Großprojekt.

Neben dieser strategischen Entscheidung zur Errichtung einer neuen Kinderklinik braucht Berlin dringend mehr niedergelassener Kinderärztinnen und -ärzte. Die Kassenärztliche Vereinigung erkennt zwar das Problem, lässt aber viel zu wenige neue Arztstühle zu, ebenso ist die Verteilung in der Stadt nicht am Bedarf orientiert. Hier erwartet die SPD-Fraktion eine rechtlich mögliche aber ungern gemachte Intervention der Senatsverwaltung.

Doch wohin, wenn die Kinderarztpraxis geschlossen ist? An Krankenhäusern angegliederte Notdienstpraxen sind effektive Möglichkeiten, um die ambulante kinderärztliche Versorgung in Berlin zu ergänzen und die bereits stark überlasteten Rettungsstellen zu entlasten: In Notfällen können sich Eltern an diese Praxen, von denen in Berlin derzeit nur fünf betrieben werden, wenden; das diensthabende Personal kann eine Ersteinschätzung der Dringlichkeit der Erkrankung oder Verletzung vornehmen, entsprechend behandeln oder ggf. eine stationäre Behandlung veranlassen. Durch eine Ausweitung dieser ambulanten Notfallversorgung könnten die Rettungsstellen der Krankenhäuser deutlich entlastet werden.

Um die Rettungsstellen in Zukunft noch stärker zu entlasten und Eltern eine feste Anlaufstelle zu bieten, setzt sich die SPD-Fraktion dafür ein, in jedem Bezirk einen ambulanten niedergelassenen Notdienst einzurichten. An diese Kinderarztpraxen, die rund um die Uhr geöffnet sein sollen, könnten sich Eltern bei milder schweren Beschwerden ihrer Kinder wenden, ohne ein Krankenhaus aufsuchen zu müssen.

Die Entlastung der Rettungsstellen, die Entlastung der Kinderkliniken wären die Folge. Ebenso hätten Eltern endlich die Sicherheit, stets eine Kinderarztpraxis aufsuchen zu können. Egal ob am Wochenende, am Abend oder in der Nacht. Eine bessere Versorgung unserer Kinder ist also möglich, wenn man es schafft die Kassenärztliche Vereinigung zu ihrer Pflicht zu zwingen.

Die Kosten in der Pflege explodieren

Das Pflegewohngeld soll Entlastung bringen



Gute und faire Löhne in der Pflege sind richtig und nötig. Die Inflation und die deutlich gestiegenen Löhne haben zu explodierenden Kosten in der Pflege geführt. Eine große Reform ist nötig. Bis diese da ist, muss das Land Berlin helfen. Ein Berliner Pflegewohngeld soll Entlastung bringen.

Die Kosten für die ambulante, stationäre und teilstationäre Pflege sind in den letzten Monaten enorm gestiegen. Aufgrund der anhaltenden Inflation und der daraufhin weiterhin schnell steigenden Löhne, ist ein Absinken der Kosten nicht in Sicht. Schon jetzt sind Pflegebedürftige mit enormen Mehrkosten von 300 bis 1000 Euro pro Monat konfrontiert.

Die SPD-Fraktion schlägt auf meine Initiative hin die Einführung eines Pflegewohngeldes vor, mit dem die Investitionskosten anteilig übernommen werden sollen. Investitionskosten sind diejenigen Kosten, die Pflegeeinrichtungen etwa im Zusammenhang mit der baulichen Unterhaltung ihrer Gebäude entstehen. Je nach Einrichtung werden bis zu 20 Euro pro Tag von den Bewohnerinnen und Bewohnern gefordert. Ähnlich sieht es in der ambulan-

ten Pflege aus. Auch hier gibt es Investitionskosten, die den Pflegebedürftigen in Rechnung gestellt werden dürfen.

Ohne Unterstützung können sich viele pflegebedürftige Menschen und ihre Angehörigen diese Kosten und eine gute Pflege nicht mehr leisten. In der stationären Pflege führt dies zu immer mehr Anträgen auf „Hilfe zur Pflege“ durch das Sozialamt. In der ambulanten Pflege führen die steigenden Kosten oftmals zu einer Reduzierung der Hilfen. Wenn früher der Pflegedienst 3 mal am Tag kam, kommt er nun nur noch 2 mal. Die Folgen sind klar: Die pflegebedürftigen Menschen leiden, werden unter Umständen unzureichend versorgt und die Angehörigen sind mit der zusätzlichen Arbeit alleingelassen.

Grundsätzlich braucht es eine große Reform der Pflegeversicherung. Aus der Teilkaskoversicherung muss eine Vollkaskoversicherung werden. Ebenso müssen die zu leistenden Eigenanteile eingefroren werden. Derzeit zahlt die Pflegeversicherung einen festen Betrag. Steigende Kosten müssen durch den Eigenanteil getragen werden. Ein Umstand, der spätestens in den letzten Monaten unhaltbar wurde.